

Absichtserklärung
der Bewerberin oder des Bewerbers zur Wahl des Ortsbeirats, Gemeinderats,
Stadtrats, Verbandsgemeinderats, Kreistags, Bezirkstags¹

im Fall der Unvereinbarkeit von Amt und Mandat

Vor- und Familienname:

Tag der Geburt

Staatsangehörigkeit

Straße, Hausnummer

Wohnort

Im Fall meiner Wahl in den Ortsbeirat, Gemeinderat, Stadtrat, Verbandsgemeinderat, Kreistag oder Bezirkstag beabsichtige ich, die nach den Bestimmungen des Kommunalwahlgesetzes (KWG)² vorliegende Unvereinbarkeit von Amt und Mandat durch folgende Handlungsweise zu beseitigen:

Ich werde aus dem Arbeits- oder Dienstverhältnis ausscheiden.

Ich werde auf das Mandat verzichten.

Mir ist bekannt, dass die rechtlich nicht verbindliche Absichtserklärung mit dem Wahlvorschlag einzureichen ist³. Die Absichtserklärung oder die Verweigerung der Abgabe einer solchen Erklärung wird in der Bekanntmachung der zugelassenen Wahlvorschläge veröffentlicht⁴.

Ort und Datum

Unterschrift

¹ Zutreffendes auswählen.

² § 5, Abs. 1, § 53 in Verbindung mit § 5 Abs. 1, § 54 Abs. 1 Satz 1, § 55 Abs. 1 Satz 1 KWG

³ § 20 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 KWG. Die Verpflichtung zur Abgabe der Absichtserklärung ergibt sich aus § 19 Abs. 3; § 54 Abs. 1 Satz 2, § 55 Abs. 1 Satz 2 KWG.

⁴ § 24 Abs. 3 Satz 2 KWG.